

Glup

an der Getreideernte in eine existenzgefährdende Notlage gekommen sind, sollen Zinsverbilligungszuschüsse für Konsolidierungsdarlehen im Rahmen des Stufeninvestitionsplanes zur Verfügung gestellt werden. Die Landwirtschaftskammern sind von mir am 24. Oktober 1978 mit der Durchführung entsprechender Maßnahmen beauftragt worden.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Müller:

Zusatzfragen werden nicht gestellt. Damit ist die Fragestunde beendet. Ich stelle fest, daß die Uhr 10.55 zeigt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Übersichten über Anträge der ständigen Ausschüsse zu Eingaben – Drs 9/239 und 9/258

Ich eröffne die Beratung. – Das Wort wird nicht gewünscht. Wer den Übersichten seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat darum gebeten, außerhalb der Tagesordnung eine

Erklärung der Landesregierung zur Hilfe des Landes Niedersachsen für Flüchtlinge aus Vietnam

abzugeben. Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit vielen Tagen verfolgt die Weltöffentlichkeit die Flüchtlingstragödie im Fernen Osten. Tausende von Menschen haben Heimat und Besitz aufgegeben, um das nackte Leben zu retten und dem Druck einer harten Diktatur zu entkommen. Auf alten, nur noch bedingt seetüchtigen Schiffen versuchen sie, zu den Nachbarstaaten zu gelangen, um dort aufgenommen zu werden.

Aber ihre Hoffnungen wurden enttäuscht. Die südostasiatischen Staaten sind immer weniger bereit, dem Strom der Flüchtlinge ihre Grenzen zu öffnen. Wir Europäer, die wir in Frieden und Wohlstand leben, haben keinen Anlaß, uns über die Einwanderungspolitik dieser Staaten zu entrichten; aber wir sehen die Folgen: Menschen, unter unwürdigen und unerträglichen Bedingungen zusammengepfercht, hungrig, krank, nicht wissend, woher die Hilfe kommen soll und wohin sie sich wenden können. Andere, die auf untüchtigen Booten wieder zurück aufs hohe Meer geschickt werden und kaum damit rechnen können, den ersten Sturm zu überleben.

Hunderte von Millionen haben vor dem Fernsehen diese Tragödie miterleben können. Aber wo blieb und wo bleibt die erlösende Tat? Wir wollen nicht mit den anderen Nationen rechten. Sprechen wir von uns.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Mit dieser verpflichtenden Feststellung leitet das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland das Kapitel über die Grundrechte ein. Die Würde des Menschen ist keine Eigenschaft, die auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkt werden kann. Sie gehört allen Menschen, und ihre Verletzung berührt uns alle, gerade uns Deutsche. Wir sind die drittgrößte Industrienation der Welt. Wir leben im Wohlstand, und wir leben in Freiheit. Wir können helfen, wenn wir es wollen. Und so lange ist es noch nicht her, daß deutsche Menschen – Millionen an der Zahl – mitten im kältesten Winter zu Fuß über tausend Kilometer vor den russischen Armeen in den Westen geflohen sind. Müssen wir nicht besser als andere wissen, was es heißt, auf der Flucht zu sein?

Wir Niedersachsen leben darüber hinaus im Bundesland mit der längsten Zonengrenze. Viele Landsleute wagen immer noch den Versuch, in die Freiheit zu gelangen. Häufig genug enden diese Versuche mit Gefängnis, mit Verwundung oder auch mit Tod. Sollten wir deshalb nicht mehr als andere aufgerüttelt sein durch das, was sich in und um Vietnam vollzieht?

Dies alles, meine Damen und Herren, hat uns bewegt, als wir gesagt haben: Wir Niedersachsen sind bereit, 1 000 Flüchtlinge aus Vietnam bei uns aufzunehmen. Die Niedersächsische Landesregierung weiß, daß mit dieser Hilfe das Flüchtlingsproblem der Welt nicht gelöst werden kann. Wir haben auch keine Veranlassung, uns wohlgefällig zurückzulehnen, auf die anderen herabzuschauen und zu beobachten, ob sie es uns gleich-tun. Wir wollen einen Beitrag leisten, und wir wollen vielleicht auch ein Signal setzen, aber nicht mehr. Wie ich aus den vielen Zuschriften habe entnehmen können, die ich von unseren Bürgern bekommen habe, ist dies gelungen. Zumindest die Bürger haben dieses Zeichen verstanden.

Natürlich gibt es Probleme, und wir sollten an diese Aufgabe nicht mit Illusionen herangehen, sondern in klarer Erkenntnis der vielfachen Schwierigkeiten. Die Aufnahme und spätere Eingliederung der um den halben Erdball zu uns flüchtenden Menschen wird viel Bereitschaft auf allen Seiten fordern. Es kommen Menschen zu uns, denen unser Kulturkreis fremd ist, die unsere Sprache nicht sprechen, die ein anderes Klima gewohnt sind. Wir müssen sie kleiden, wir müssen sie beherbergen, wir müssen ihnen Arbeitsplätze bieten. Wir müssen ihnen helfen,

die Sprache zu lernen, unsere Sitten zu verstehen und ihre Einsamkeit zu überwinden.

All dies kann nur gelingen, wenn viele Menschen, wenn unsere Beamten, wenn die Gemeinden, die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände, vor allem aber unsere Bürger tatkräftig mithelfen.

Im übrigen haben wir nun schon eine mehrjährige Erfahrung, nicht zuletzt auch mit der Aufnahme Tausender Asylbewerber z. B. aus Pakistan. Wir haben in Niedersachsen aber auch etwa 400 Bewerber aus Chile aufgenommen, und wir sind bereit, das auch in Zukunft zu tun, ganz gleich, ob die Asylbewerber aus Pakistan oder aus Chile, aus Argentinien oder aus anderen Ländern der Welt kommen.

Die Hilfsmaßnahmen laufen zur Zeit auf vollen Touren. Bei dem Minister für Bundesangelegenheiten ist ein Arbeitsstab gebildet worden, bei dem alle vorbereitenden und betreuenden Maßnahmen koordiniert werden. Zur Zeit stellt sich die Lage wie folgt dar:

Seit gestern Abend ist ein kleines Vorauskommando niedersächsischer Beamter unterwegs nach Malaysia, um den Abtransport der Flüchtlinge von der „Hai Hong“ vorzubereiten. Der Minister für Bundesangelegenheiten wird am Donnerstag die Reise antreten. Wir erwarten die ersten 130 Flüchtlinge für Sonntag, den 3. Dezember, in Hannover-Langenhagen. Bis zum 7. Dezember sollen weitere 400 Flüchtlinge folgen.

Das Lager Friedland, das in den letzten 30 Jahren für Millionen deutscher Menschen, Spätheimkehrer, Vertriebene, Aussiedler, das Tor zur Freiheit wurde und das auch viele politisch Verfolgte aufgenommen hat, wird für die erste Zeit zur Verfügung stehen.

Wir haben darüber hinaus weitere Unterkünfte vorbereitet, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein. Das Lager Friedland wird in den nächsten Wochen erheblich belastet sein. Wir bitten die dort Tätigen, vor allem aber auch die Aussiedler, um Verständnis, wenn wir um der Menschlichkeit willen die Bedingungen der Aufnahme in Friedland für wenige Wochen einschränken müssen. Ich bin sicher, daß die Aussiedler, die aus dem Osten zu uns kommen, verstehen, warum wir so handeln.

Der Aufenthalt in Sammelunterkünften soll nach den Vorstellungen der Landesregierung nicht länger als zwei bis drei Monate dauern. In vielen Einzelfällen wird die Zeit erheblich darunter liegen. Danach werden die Gemeinden unsere vietnamesischen Neubürger aufnehmen. Um dies rechtzeitig vorzubereiten, findet bereits heute ein erstes Gespräch zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden statt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend vor allem danken, danken unseren

Bürgern, die spontan ihre Bereitschaft zur Hilfe erklärt haben, danken dem Bundesaußenminister und dem Bundesinnenminister, die eng mit uns zusammenarbeiten, danken der Bundeswehr, die den Transport übernimmt, und den Hilfsorganisationen, die bereitstehen. Ich habe mich aber auch gefreut, Herr Ravens, daß Sie die Aktion der Landesregierung eindeutig unterstützt haben, ohne Wenn und Aber.

Meine Damen und Herren, wir konnten nicht nur zusehen. Wir mußten handeln. Wir haben gehandelt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. – Beifall bei der SPD.)

Präsident Müller:

Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen für die Abgabe dieser Erklärung. Ich danke Ihnen namens des Hauses aber auch für das, was Sie getan haben.

Bei einer Regierungserklärung nach § 78 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung muß die Besprechung über die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten eröffnet werden, wenn zehn Abgeordnete das verlangen. Das ist hier der Fall. Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. von Oertzen.

Prof. Dr. von Oertzen (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses – ich will dabei gleich alle unsere Freunde im Lande mit einschließen – begrüßt die Initiative der Landesregierung. Wir Sozialdemokraten sind stets für eine möglichst großzügige Handhabung des Asylrechts und für großzügige humanitäre Hilfe eingetreten. Jeder, der verfolgt wird, ganz gleich, woher er kommt, aus einem Land des Westens oder des Ostens oder aus der dritten Welt, hat Anspruch auf unsere Hilfe. Es kann dabei keine Rolle spielen, ob er wegen seiner politischen Auffassung, seiner sozialen Stellung, seiner Rasse oder seiner Religion verfolgt wird.

Die Landesregierung hat auch unsere volle Unterstützung bei der Lösung der praktischen Probleme, die auf uns alle zukommen. Wir werden insbesondere von unserer Seite nach Kräften auf unsere Freunde im Lande und insbesondere in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften einwirken, sich diesen Aufgaben mit dem nötigen Nachdruck und dem nötigen Verständnis zu stellen. Denn darüber müssen wir uns im klaren sein: Nach der Anfangsphase der Aufnahme, der Betreuung in dem Aufnahmelager und der Weiterleitung wird auf die Dauer die Hauptlast der Betreuung und der schließlichen Eingliederung der Flüchtlinge bei den Kreisen, Städten und Gemeinden liegen. Das lehrt uns die bisherige Erfahrung mit ähnlichen Problemen.